

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 09.09.2026	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat II Amt: Amt für Soziales und Prävention	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2026/0247 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Jahresbericht 2025 der Schuldner- und Insolvenzberatung, Amt für Soziales und Prävention

Vorlage vom: 07.09.2026

Beschlussvorschlag:

Der Jahresbericht 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Anlagen: Jahresbericht 2025 der Schuldner- und Insolvenzberatung

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Zusätzlich für alle Vorlagen aus dem Bereich des Hochbaus anzugeben:

Klimarelevanz des Vorhabens:		
Auswirkungen auf Stadtklima:	☐ ja	☐ nein
Auswirkungen auf THG-Emissionen:	☐ gering ¹⁾	☐ mittel/groß ²⁾
Beteiligung Amt f. Klimaschutz & Klimaanpassung:	☐ ja	☐ nein
<i>Zusätzlich bei Beschlüssen zur Baufreigabe:</i>		
Wurden Optimierungspotentiale ausgeschöpft?	☐ ja	☐ nein
Falls nein, Kompensationsmaßnahmen festgelegt?	☐ ja	☐ nein

1) bis 10 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO_{2e}) pro Jahr, 2) über 10 Tonnen CO_{2e} pro Jahr.

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 07.09.2026

Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Wissenschaftsstadt Darmstadt besteht seit 1985. Sie ist eine anerkannte Stelle im Sinne des § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung.

Das Dienstleistungsangebot umfasst primär die Beratung Darmstädter Bürgerinnen und Bürger, die überschuldet sind oder befürchten, in eine Überschuldung zu geraten. Die Beratung ist vertraulich und kostenlos.

Im Regelfall erfolgt zunächst eine Krisenintervention im Rahmen der sogenannten Kurzberatungen. Häufige Themen sind Kontopfändungen und weitere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, Angst vor Inhaftierung, sowie drohender Wohnungs- und Energieverlust. Es erfolgt eine ganzheitliche, psychosoziale Beratung im Sinne der Sozialen Schuldnerberatung. Nach abgeschlossener Krisenintervention kann eine laufende Beratung mit dem Ziel der Schuldenregulierung begonnen werden. Im Anschluss an die Aufarbeitung der Verschuldungsbiographie und eine Schuldenrecherche unterstützt die Beratungsstelle bei Verhandlungen mit Gläubigerinnen und Gläubigern und übernimmt in einem sich ggf. anschließenden Verbraucherinsolvenzverfahren eine Prozessbevollmächtigung.

Der vorliegende Bericht umfasst eine Darstellung der Beratungstätigkeit, ein Fallbeispiel und einen Ausblick.

Darmstadt, 07.09.2026

Dezernat II

Barbara Akdeniz
Bürgermeisterin